AK Anderl zu EU-Kommission: Keine Mini-Reformen mehr, sondern echte Eingriffe in den Energiemarkt

2022-10-18 09:24

Wirksame Maßnahmen gegen explodierende Energiepreise müssen jetzt kommen

Diese Woche treffen sich die Europäischen Regierungsspitzen erneut, um über Maßnahmen gegen die hohen Energiepreise zu diskutieren. Die AK fordert schon seit Monaten Eingriffe in den Energiemarkt, um gegen explodierende Energiepreise und die hohe Inflationsrate vorzugehen.

Konkret fordert die AK die Umsetzung des sogenannten iberischen Modells: Dabei wird der Gaspreis für die Stromerzeugung in Gaskraftwerken staatlich festgelegt - die Differenz zum tatsächlichen Gas-Einkaufspreis wird dem Gaskraftwerk ersetzt. „Dieser temporäre Markteingriff ist relativ einfach umzusetzen, wirkt aber nachhaltig: Dadurch sinkt der Strompreis an der Börse und in weiterer Folge bei den Haushalten und den Unternehmen. Außerdem gibt es weiterhin ausreichend Anreize, erneuerbare Energien auszubauen und krisenbedingte Übergewinne (windfall profits) werden reduziert“, betont AK Präsidentin Renate Anderl.

Aber es gibt auch andere positive Effekte des iberischen Modells, wie eine aktuelle Studie im Auftrag der AK zeigt: Bei einer Halbierung des Strompreises reduziert sich die Inflationsrate um ein Viertel - und das wirkt sich positiv auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP), die Reallöhne und auf die Beschäftigung aus.

„Die AK fordert die Bundesregierung daher auf, sich diese Woche auf EU-Ebene aktiv für das iberische Modell einzusetzen. Angesichts der negativen Auswirkungen der Energiekrise auf alle Lebensbereiche, muss endlich das positive gesamtwirtschaftliche Potential der Entkoppelung des Strompreises vom Gaspreis genutzt werden. Gleichzeitig müssen aber auch Maßnahmen getroffen werden, um Gas einzusparen“, so Anderl.

Weiters würde auch ein gemeinsamer EU-weiter Einkauf von Erdgas helfen, den Gaspreis zu senken. Für Österreich hätte das den großen Vorteil, von russischem Gas unabhängiger zu werden. Die AK begrüßt daher, dass sich die EU-Mitgliedstaaten darauf geeinigt haben, eine gemeinsame Einkaufsplattform zu gründen.